

Danziger Zeitung.

Nr 17781.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rotherbaggergasse Nr. 1, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inseratskosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1889.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Wien, 15. Juli. (Privattelegramm.) Auf Goldbach-Schärte sind durch die Unvorsichtigkeit des Führers Pächter zwei Touristen abgestürzt. Pächter und der Tourist Klein sind todt, der Tourist Wernitz schwer verwundet.

Graz, 15. Juli. (Privattelegramm.) Die „Gr. Tagespost“ meldet aus Auffslein, daß wegen der schärferen Controle der Schweizer Reisenden eine ansehnliche Zunahme des Personenverkehrs auf der Arlbergroute und der Brennerroute, namentlich auf der Strecke Buchs-Auffslein-Claraz, stattfindet.

— Zwischen Schwanden und Mütschi stürzte in Folge eines Wolkenbruchs ein Wildbach vom Glarisch. Die Grenze in der Gegend von Unterhoch ist mit Steinen und Schutt überdeckt. Die Häuser stehen unter Wasser. Mehrere Personen sind getödtet.

Best, 15. Juli. (Privattelegramm.) Wolkenbruch und Orkan haben sehr großen Schaden angerichtet. Der Tramwayverkehr ist unterbrochen.

Belgrad, 15. Juli. (Privattelegramm.) Die Regierung hat Prämien auf Köpfe der Anführer der Räuberbanden ausgesetzt.

Lesben, 15. Juli. (Privattelegramm.) Die Streikführer in Seegraben sind verhaftet.

Telegr. Nachrichten der Danziger Ztg.

Kreuznach, 14. Juli. Die Königin von Rumänien mit der fürstlichen Familie aus Neuwied, der Prinz Nikolaus von Nassau nebst Familie, sowie der Kronprinz von Schweden nebst deren Gefolge treffen am Mittwoch, den 17. Juli, hier ein, um der Aufführung des Bungen'schen Sitten-Eichingen-Festspiels beizuwohnen.

Essen a. R., 14. Juli. Heute früh 7 Uhr wurde das vom Professor Schaper (Berlin) im Auftrage der Stadt Essen geschaffene Standbild des verstorbenen Geheimen Commerzienraths Alfred Krupp feierlich enthüllt. Geheimer Commerzienrath Friedrich Alfred Krupp nebst Familie, der Regierungspräsident v. Berlepsch, die städtische Verwaltung, zahlreiche Offiziere, das Directorium der Firma Fr. Krupp, Meister- und Arbeiter-Deputationen des Krupp'schen Werkes, sowie viele Bürger der Stadt nahmen an der Feier Theil, bei welcher Professor Schaper und Oberbürgermeister Zweigert Reden hielten.

Paris, 14. Juli. Der Senat genehmigte in seiner gestrigen Sitzung einen Credit von 2 Mill. Frs. für die durch die Ueberschwemmung heimgegangenen Departements.

— In dem nahe bei Grenoble gelegenen Orte Moirans stieß gestern ein Güterzug mit einem Personenzug zusammen. Wie es heißt, sollen mehrere Personen getödtet und viele verwundet sein.

— Die heutige Truppenrevue in Longchamps verlief trotz wiederholter heftiger Regengüsse sehr glänzend. Präsident Carnot wohnte derselben bei und wurde sowohl bei der Revue wie bei der Einfahrt und Gefährt mit Hochrufen auf die Republik und die Truppen begrüßt.

— Die Mitglieder der Patriotenliga gaben heute Mittag Déroulède und Laguerre ein Festessen bei Bonvalet (Boulevard Temple), das von etwa 100 Personen besucht war und ohne bemerkenswerten Zwischenfall verlief. — Bei einem gestern in Saint Germain stattgehabten Boulangistebanquet brachte Déroulède einen Toast auf die Vielcandidaturen aus und ließ in seiner Rede erkennen, daß Boulanger sich in allen Arrondissements von Paris als Candidat aufstellen lassen werde.

Marseille, 14. Juli. Heute früh fand zwischen dem Secrétaire des opportunistischen Journals „Le Petit Provençal“, Pierotti, und dem Secrétaire des boulangistischen Comités ein Duell statt, bei welchem Pierotti getödtet wurde.

Rom, 14. Juli. Der Papst empfing heute den preussischen Gesandten v. Schöller, welcher demnächst seinen Commuerurlaub antreift.

Cattaro, 14. Juli. Der Großfürst Peter von Rußland ist auf der montenegrinischen Yacht „Spirid“ nachts hier eingetroffen und früh 4 Uhr nach Cetinje weitergereist.

Konstantinopel, 14. Juli. In Folge des Aufstehens der Pest in der Provinz Asir beschloß der Sanitätsrath eine zehntägige Quarantäne für alle Provenienzen aus der Provinz Jemen in einem dazu zu errichtenden provisorischen Lazareth auf einer in der Nähe von Uschidda gelegenen Insel.

Politische Uebersicht.

Danzig, 15. Juli.

Stand der Finanzen.

Im gewöhnlichen Lauf der Dinge und unter normalen Verhältnissen wird ein Staat diejenigen laufenden Mehrausgaben, deren er bedarf, in der Regel durch die in Folge der Vermehrung der Bevölkerung und des steigenden Wohlstandes vermehrten Einnahmen aus Steuern decken können und decken müssen. Nur bei ganz außerordentlichen Gelegenheiten wird es neuer Steuern oder außerordentlicher finanzieller Deckungen bedürfen.

Auch die im Jahre 1879 in Angriff genommene Finanzreform sollte in Vermehrung der für die Zwecke des Reiches und der Staaten notwendigen Einnahmen bestehen, sondern in einer besseren und weniger drückenden Vertheilung der Lasten. Wenn unlängst in der Regierungs-

presse auf die Erleichterungen, welche bei den Communallasten eingetreten sind, als einen großen Erfolg der Finanzreform hingewiesen ist, so hat man vergessen dabei hervorzuheben, daß nur ein verhältnismäßig geringer Theil der vermehrten indirecten Steuern hierzu verwendet worden ist. Es kann aber nicht oft genug hervorgehoben werden, daß auch in Bezug auf die directen Steuern in Preußen in den letzten Jahren eine erhebliche Steigerung stattgefunden. So beträgt z. B. das Mehr, welches seit dem Jahre 1883/84 — also seit 6 Jahren — an Gebäudesteuer, klassificirter Einkommensteuer, Klassensteuer und Gewerbesteuer aufkommt, ca. 20 Millionen.

Trotzdem wird in der regierungsfreundlichen Presse das Thema der Finanzen in einer Weise behandelt, daß man deutlich daraus sieht, „es geht nicht weiter ohne neue Steuern“. Einen ganz ähnlichen Artikel, und wahrscheinlich aus derselben Berliner Quelle stammend, wie der des „Hamb. Corresp.“, den wir gestern früh mitgetheilt haben, brachte auch die conservative Berliner „Post“. In beiden wird das Thema der Erhöhung der Beamtengehälter in den Vordergrund gestellt, um daran verschiedene Bemerkungen zu knüpfen über die Finanzen in Preußen und Deutschland. Der „Hamb. Corresp.“ erklärte, mit der Erhöhung der Beamtengehälter würde es wohl nichts werden, wenn man nicht ganz neue Mittel beschaffe, denn die Convertirung von 3½ Milliarden Consoles würde wohl erheblichen Bedenken und Widersprüchen begegnen.

In der „Post“ wird gegen eine Reform der Eisenbahntarife polemisiert, und zwar deshalb, „weil die Möglichkeit der Verbesserung der Gehälter der Beamten gänzlich abgeschnitten würde, wenn man nicht die Eisenbahneinnahmen vor jeder ernstlichen Verminderung bewahren wollte“.

Das Ende aller dieser Lieder ist zunächst: keine Eisenbahntarifsreform, vermehrte Steuern im Reich, vermehrte Steuern in Preußen. Daß die Sache darauf hinauskommen würde, haben wir längst gemerkt. Bei der ganzen Richtung unserer gegenwärtigen Finanzpolitik ist das auch natürlich. Solange nicht, wie in allen übrigen constitutionellen Staaten, das naturgemäße System eingeführt wird, daß die Volksvertretung nur eine den als nothwendig nachgewiesenen Mehrausgaben entsprechende Mehreinnahme bewilligt, ist eine rationelle Ordnung unserer Finanzen unmöglich. Daß man aber jetzt so viel an neue Steuern denkt, wo im Reich der normale Ertrag der Brannsteuereinkünfte noch nicht vorliegt und in Preußen sehr bedeutende Ueberschüsse in unserem Staatshaushalt sich befinden, das ist doch etwas verwunderlich. Man sollte doch wenigstens erst die neuen Reichstagswahlen vorübergehen lassen.

Die Antwort des schweizerischen Bundesraths an die deutsche Regierung.

Der Bundesrath hat am Sonnabend die Note veröffentlicht, welche am 10. d. M. Bundesrath Dray als Antwort auf die Depesche des Fürsten Bismarck vom 25. Juni nach Berlin hat abgehen lassen. Außer einem Auszug, welchen Wolffs Bureau veröffentlicht hat, liegt uns in einem Telegramm der „Doff. Z.“ der Wortlaut dieses Schriftstückes vor.

In dem Eingange desselben wird erklärt, daß man auf die Angelegenheit Wohlgegnung nur deshalb noch einmal zurückkomme, um zu betonen: 1) daß die schweizerischen Behörden in keiner Weise, weder selbst dem Wohlgegnung eine Falle gestellt, noch dazu mitgewirkt haben; 2) die Verhaftung und Ausweisung dieses Beamten nicht deshalb erfolgt ist, weil er in der Schweiz Erkundigungen eingegogen hat, sondern weil er dazwischen Unruhen stiftete, und 3) weil ein freundlicher gegenseitiger Meinungsaustrausch über diese Thatfachen volle Klarheit verbreitet haben würde. Der Bundesrath könne deshalb nicht auf die Schlussfolgerungen eingehen, welche Fürst Bismarck aus diesem Zwischenfall gezogen habe; er glaube vielmehr im Interesse beider Länder zu handeln, wenn er seinen Entschluß bekunde, jeder künftigen oder wirklichen Agitation auf Schweizer Gebiet ein Ende zu bereiten.

Der Bundesrath bedauere, daß durch die deutsche Note dem Wortlaut des Artikels 2 des Niederlassungsvertrages eine unerwartete Auslegung gegeben werde, von der bisher nie die Rede gewesen sei. Die Botschaft des Bundesraths an die Bundesversammlung betreffend den Niederlassungsvertrag, der Bericht der Commission des Ständerathes sowie die Denkschrift des deutschen Reichskanzlers an den Reichstag vom 18. Novbr. 1876 bewiesen übereinstimmend, daß der Vertrag bloß die Bedingungen habe feststellen wollen, unter welchen der Aufenthalt und die Niederlassung in dem einen Staate den Angehörigen des anderen Staates gestattet werden müsse. Die Denkschrift des Reichskanzlers besage speciell, daß Art. 2 des Niederlassungsvertrages bestimme, welche Ausweisungsgründe der Deutsche auf Erfordern beibringen habe, um sich in der Schweiz niederlassen zu dürfen. Die Worte „auf Erfordern“ zeigten, daß die schweizerischen Behörden diese Schriftstücke zu fordern nicht verpflichtet seien. Dies zeige auch die Geschichte der Unterhandlungen, welche den Abschluß des Niederlassungsvertrages herbeigeführt hätten. Die Fassung des Art. 2 sei von den schweizerischen Bevollmächtigten selbst beantragt worden, um zu betonen, daß die Deutschen sich den schweizerischen Gesetzen über die Fremdenpolizei zu unterwerfen hätten.

Das Schriftstück fährt dann fort: „Wir können unter solchen Umständen nur unser Befremden darüber ausdrücken, wenn heute behauptet wird, es habe schon 1876 die kaiserliche Regierung

Werth darauf gelegt, durch die Bestimmungen des Niederlassungsvertrages die Schweiz daran zu hindern, deutschen Unterthanen, welche mit dortigen Behörden nicht im Frieden leben, Aufnahme zu gewähren. Hat diese Absicht damals wirklich bestanden, so muß sie geheim geblieben sein, denn der deutsche Bevollmächtigte hat dieselbe nicht ausgesprochen, und im Art. 2 des Vertrages findet sie sich nicht niedergelegt. Eine solche Absicht würde übrigens dem Geiste des Vertrages widersprechen, der nicht die Erschwerung, sondern die Erleichterung der Niederlassung zum Zwecke hat und zu diesem Behufe den beiderseitigen Angehörigen das größtmögliche Maß von „Rechten und Vortheilen“ (Art. 3 und 6) zugesichert hat. Wir müssen daher den Vorwurf zurückweisen, es hätten wir Bestimmungen des Vertrages vom 27. April 1876 nicht beobachtet, und der kaiserlichen Regierung entschieden das Recht abgesprochen, diesen Vertrag als hin-fällig zu erklären, weil er von unserer Seite nicht erfüllt worden sei.

Was die Art und Weise betrifft, wie der Vertrag von der einen und der anderen Seite erfüllt worden, wollen wir uns begnügen, die nachstehenden Punkte hervorzuheben: Erstlich sind wir in der Lage, auf Grund bestimmter Erkundigungen zu behaupten, daß von den in Deutschland niedergelassenen Schweizerbürgern ein Ceumundszugniß nicht in allen Fällen gefordert worden ist. Ferner ist zu bemerken, daß sich der schweizerische Bundesrath in verschiedenen amtlichen Erlassen über die Anwendung des Art. 2 deutlich ausgesprochen hat, so unter anderem in dem Kreis Schreiben vom 13. September 1880, welches eine diplomatische Correspondenz mit der deutschen Gesandtschaft in Berlin veranlaßte; ferner in dem ergänzenden Kreis Schreiben vom 16. Februar 1881 und zu wiederholten Malen in seinem jährlichen Geschäftsbericht. Da alle diese Actenstücke bei ihrem Erscheinen der deutschen Gesandtschaft übermittelt wurden, ohne daß diese jemals gegen deren Inhalt Einwendungen erhob, so ist schwer ersichtlich, wie die kaiserliche Regierung heute erklären kann, es sei die hierseitige Auslegung des Vertrages erst durch unsere Note vom 15. Juni zu ihrer amtlichen Kenntniß gelangt.“

Die cantonalen Behörden thäten wohl daran, mit Bezug auf die Ausweisungsgründe der Fremden strenge zu verfahren, um das Einbringen zweideutiger Elemente zu verhindern. Den Ceumundszugniß sei dabei allerdings keine große Bedeutung beizumessen; es komme vor, daß anarchofische und revolutionäre Subjecte schlimmster Sorte im Besitze von Heimathschriften und Ceumundszugniß sich befinden und in Folge dessen arglos aufgenommen werden. Doch wolle die Regierung schon im eigenen Interesse auf diese Gefahr nicht verzichten und nehme gerne Anst, davon, daß künftig die cantonalen Behörden mit größerer Strenge auf die Beibringung eines Ceumundszugnisses dringen dürfen, ohne gewärtig zu sein, daß die deutsche Regierung sich für ein milderes Vorgehen verwernde.

Der Bundesrath hofft — fährt das Schriftstück fort:

„der Herr Reichskanzler werde aus Vorstehendem die Ueberzeugung schöpfen, daß der schweizerische Bundesrath niemals die ihm zugesicherte Absicht gehegt hat, weder die Zulassung Deutscher in der Schweiz von dem Placet der kais. Regierung abhängig zu machen, noch das entsprechende Gegenrecht gegenüber den in Deutschland sich niederlassenden Schweizern für sich in Anspruch zu nehmen.“

Was es auch richtig sein, wie der Erlaß vom 26. Juni ausführt, daß jeder internationale Vertrag, soweit er überhaupt Pflichten und Rechte gewährt, eine Beeinträchtigung der unbeschränkten Freiheit in Ausübung der Souveränitätsrechte enthält, so ist doch nicht minder gewiß, daß es Souveränitätsrechte giebt, deren freiwillige Einschränkung auf dem Wege internationaler Abmachungen die Schweiz niemals zugegeben hat und nun und nimmer zugeben wird, und zu diesen Rechten gehört, wie die ganze Geschichte unseres Landes beweist, die Ausübung des Asylrechtes. Es handelt sich da um Grundrechte, welche wir nicht preisgeben können und welche wir glauben dies hier betonen zu sollen, auch bei etwaigen Unterhandlungen behufs Abschlusses eines neuen Niederlassungsvertrages mit Deutschland für uns maßgebend sein werden.“

Der Bundesrath erkenne alle internationalen Pflichten bezüglich revolutionärer und anarchofischer Bestrebungen an. Er werde in der Schweiz keine Handlungen dulden, welche mit dem Völkerrecht und den zwischen allen Staaten geltenden Rücksichten in Widerspruch ständen, und gebe damit dem Willen des Schweizer Volkes Ausdruck. Gegenwärtig werde, dank den in den letzten Jahren getroffenen Maßregeln, nicht ein einziger bekannter Führer der anarchofischen und revolutionären Bewegung in der Schweiz gebildet. Die von der Bundesversammlung in der letzten Session beschlossene Centralstelle für politische Polizei werde die Ueberwachung und Verfolgung aller unerlaubten, gefährlichen, die internationalen Beziehungen bedrohenden Rundgebungen erleichtern.

Die Note schließt:

„Der schweizerische Bundesrath hegt die Zuversicht, mit vorstehenden Auseinandersetzungen die kaiserliche Regierung vollständig beruhigt und davon überzeugt zu haben, daß für sie keine Veranlassung vorliege, außerordentliche, den Interessen beider Staaten zuwiderlaufende Maßregeln zu ergreifen. Wir bestehen um so mehr mit Festigkeit darauf, daß unsere Rechte geachtet werden, weil wir den festen Willen haben, unsere internationalen Verpflichtungen getreu zu erfüllen, und zwar namentlich auch dem deutschen Reiche gegenüber, mit welchem wir immer die besten Beziehungen zu unterhalten beflissen waren.“

Das Interesse an dieser Veröffentlichung ist ein um so größeres und allgemeineres, als erst durch sie volles Licht über eine der Hauptbeschwerden, welche Deutschland gegen die Schweiz erhebt, verbreitet werden kann. Für die Beurtheilung des Verhaltens der Schweiz in Bezug auf den Art. 2 des Niederlassungsvertrages kann es unmöglich gleichgültig sein, ob der diesseitige Gesandte Herr v. Bülow bei irgend einem Anlaß einmal an den Schweizer Bundesrath das ausdrückliche Ersuchen gerichtet hat, auf eine möglichst milde Auslegung der Bestimmungen jenes Artikels hinzuwirken. Ist dies wirklich geschehen, wie auf Grund einer

vorläufigen Analyse der noch ausstehenden letzten Schweizer Note behauptet worden ist, so wird auch der strengste Richter über die Schweiz sie für entschuldigend ansehen. Und wenn wieder von der Schweiz der Nachweis geführt sein sollte, daß sogar auch deutschschweizerische Bürger zugelassen worden sind ohne Beibringung eines Ceumundszugnisses, dann wird derselbe strengste Richter sich dem nicht entziehen können, anzuerkennen, daß in Bezug auf Auslegung des Art. 2 des Niederlassungsvertrages die Schweiz im Grunde genommen gehandelt hat, wie Deutschland selber. Freilich ist die Auslegung dieses Artikels nicht der einzige Differenzpunkt zwischen jenseits und diesseits, aber er hat doch in den Auseinandersetzungen zwischen den Diplomaten beider Länder eine so bedeutende Rolle gespielt, daß wenn in Hinsicht darauf eine Wiederannäherung der beiderseitigen Standpunkte und ein Verzicht auf allzu scharfe Geltendmachung der Gegensätze möglich werden sollte, das Werk einer freundschaftlichen Vereinbarung schon halb gethan wäre. Erleichtert würde letztere durch die factische Eröffnung von Feindseligkeiten auf dem Verkehrsgebiete, wie solche gegenwärtig von deutscher Seite aus erfolgt ist, jedenfalls nicht. Es wird nun aber officiös in Abrede gestellt, daß die verschärfte Grenzcontrolle von den Berliner leitenden Stellen veranlaßt worden ist. Es handelte sich wahrscheinlich nur um reichszollamtliche Anordnungen, denen eine politische Bedeutung nicht beizumessen wäre.

Bei näherer Betrachtung der Verkehrsverhältnisse zwischen Deutschland und der Schweiz stellt sich heraus, daß bei einer Störung dieser Beziehungen Deutschland und namentlich Süddeutschland viel größere Nachteile empfinden würde als die Schweiz, welche bedeutend mehr Waaren von Deutschland bezieht, als dieses aus der Schweiz. Bedeutend mehr Deutsche leben dauernd in der Schweiz, als Schweizer in Deutschland.

Es würde eine große Schädigung unserer Interessen bedeuten, wenn ein entsprechender Rückgang unseres Handels mit der Schweiz eintreten sollte. Daß unsere Verkehrsbeziehungen zu der Schweiz in einem erfreulichen Aufschwunge gerade in der letzten Zeit begriffen waren, davon giebt ein Handelsbericht bezüglich der Westschweiz für 1888 Auskunft, welcher soeben zur Veröffentlichung gelangt ist und auf den die „Schw. Z.“ hinweist. In demselben wird mitgetheilt, daß die deutsche Einfuhr auf Kosten der übrigen Industrielande mit jedem Jahre zunehme. Wo früher fast nur Pariser Artikel Zugang fanden, in Genf, Lausanne, Neuchâtel, Freiburg u. s. w., sind in allen Ecken die deutschen Producte ausgebreitet: Luxuslampen, Leuchter, Zeller, Schüsseln, Schreibzeuge, Statuetten, Nippfachen, feinere Lederwaaren etc. deutscher Abkunft werden bereits oft als deutsche, oft aber auch noch als französische und englische Artikel verkauft.

Uebrigens ist es wohl schon als eine Art Einlenkung anzusehen, wenn die „Nordd. Allg. Ztg.“ jetzt ausführt: „Die diplomatische Action Deutschlands der Schweiz gegenüber ist im Grunde nur gegen die deutsche Socialdemokratie in der Schweiz gerichtet und gegen die Schweiz selbst nur insoweit, als die dem Reiche feindlichen Elemente dort gehegt und gefördert werden. Letztere zu bekämpfen ist eine der Aufgaben der deutschen Reichspolitik und wird es bleiben, bis sie gelöst ist. Die Mittel zur Lösung können wechseln; führen die zunächst angewandten nicht zum Ziele, so können andere an ihre Stelle treten; ihre Anwendung wird stets mit einem politischen Meinungs-austausch zwischen beiden Regierungen eingeleitet werden.“

Amerikanische Dynamitkreuzer.

Während ein Berliner Blatt mittheilt, daß in unserer Admiralität die Baupläne für die neubewilligten schweren Panzerschiffe endgültig festgelegt sind, und daß nunmehr an die Ausführung der Pläne gegangen werden kann, wird die Aufmerksamkeit von neuem auf die Dynamitkreuzer gelenkt, welche in den Vereinigten Staaten von Nordamerika erbaut und in Dienst gestellt sind. Wir finden in der letzten „Post“ über den Dynamitkreuzer „Desuius“ und über die mit demselben angefertigten Proben einen Bericht, welcher in hohem Grade geeignet ist, auch in weiteren Kreisen Interesse zu erregen.

Nach den Probeversuchen, welche in verschiedenen Blättern, u. a. in dem amerikanischen „Arm and Navy-Journal“, beschrieben werden, ist die nautische Ueberlegenheit des „Desuius“ gegenüber den anderen ähnlichen Typen der anderen Mächte eine sehr große. Der „Desuius“ hat eine Quantität Sprengstoffe von 15 000 Pfund; derselbe führt 30 Geschosse mit und kann in einer Zeit von zwei Minuten drei Geschosse auf 6000 Fuß Entfernung schleudern.

Die Wirkung der Geschosse ist mit denen der Schiffe der anderen Nationen garnicht in Vergleich zu stellen. Die Quantität Dynamit, welche in einem Geschosse dieses Schiffes enthalten ist, entspricht einer Stärke von 28 Centnern Schießpulver. Bei solchen Zerstörungsmitteln, so sagt die „Post“, möchte man fast glauben, daß eine Kriegsführung kaum mehr möglich ist. Amerika kann in einem Jahre fünf solcher „Desuius“ bauen. Die Kosten eines schweren Panzerschiffes sind die zehnfachen eines „Desuius“.

Man ist der Meinung, daß die anderen Seemächte auf die Dauer ein solches Kampfmittel nicht unbeachtet lassen können. Aus den längeren Berichten, welche die „Post“ den verschiedenen amerikanischen und französischen Journalen entnimmt, wollen wir nur kurz Folgendes anführen:

Der Kreuzer hat bei einer Länge von circa 75, einer Breite von 8 und einem Tiefgang von 3 Metern eine Geschwindigkeit von über 21 1/2 Seemeilen. Die oben erwähnten Geschosse werden aus drei 16 1/2 Mr. langen pneumatischen Dynamitkanonen vom Kaliber 38 Centimeter geschleudert. Die Röhren sind mit einer Anfeuerung von etwa 20 Grad fest in das Schiff eingebaut, so daß das hintere Ende etwas über dem Boden des Schiffes liegt, das vordere Viertel über das Deck hinausragt — haben also nicht die Fähigkeit einer Elevationsveränderung. Die Schußweite wird (in den Grenzen von p. p. 200—1600 Mr.) durch das Quantum der in den Lauf eingelassenen Luft beherrscht, welche auf 1000 Pfd. Druck mittels zweier Maschinen im Hauptmaschinenraum zusammengepreßt und demnach in Behältern nahe dem Schiffsboden aufgespeichert wird. Die Geschosse sollen so möglich an der Seite des Schiffes ins Wasser treffen, wofür sie mit entsprechenden elektrischen Sünden versehen sind. Percussionszünder treten beim unmittelbaren Treffen des Schiffes in Thätigkeit. Die Hilfsarmierung des Kreuzers besteht aus zwei Dreipfündern, einem Einspünder, zwei 37 Mr.-Revololverkanonen und zwei Gallingkanonen. Zwei verticale Dampfmaschinen mit dreifacher Expansion, jede mit 4 Cylindern, bilden die bewegende Kraft des Schiffes.

Nach der „Revue maritime et coloniale“ ist bereits ein zweiter „Desulius“ in Bestellung gegeben; außerdem sollen 7 pneumatische Geschütze an den Rüfen aufgestellt werden. Die vorgenannten Schießversuche sollen die besten Resultate ergeben haben, und es wird mitgeteilt, daß die photographische Abbildung des Alaters, welchen die Explosion eines Geschosses der Art hervorbringt, beweist, daß selbst die Augen derer, welche an die Explosion von Torpedos gewöhnt sind, niemals etwas Erschauerlicheres gesehen haben.

Sollte wirklich der „Desulius“ die Probe für die Dauer bestehen, so würden die großen Summen, welche gegenwärtig von den europäischen Seemächten für andere — schwere — Panzerschiffe verbraucht werden, zum großen Theil vergeblich verwandt sein.

„Europäischer Schandak.“

Auf den von „guter Hand“ dem „Hamb. Corr.“ in der Frage Bismarck-Waldersee zugegangenen Brief, den wir am Sonnabend Abend seinem wesentlichen Inhalte nach mitgeteilt haben, hat die „Arenztg.“, welche in jenem Briefe ziemlich verächtlich behandelt und von der behauptet wurde, daß Graf Waldersee in keinerlei Verbindung mit ihr stünde, speciell noch nichts geantwortet. Dagegen giebt der „Arenztg.“ seelenverwandte „Reichsbote“ in seiner letzten Nummer seiner Entrüstung über diesen Brief einen ungeschminkten Ausdruck. Jedes Kind könne begreifen, daß diese „gute Hand“ vom Grafen Waldersee mit seiner Verteidigung nicht beauftragt sei. Die Behauptung, daß Graf Waldersee, um alles zu vermeiden, was wie eine Berührung mit Politik erscheinen könnte, nur solche Kirchen besuche, in denen Geistliche amtierten, die allem politischen Treiben fernstehen, erklärt der „Reichsbote“ für ein Märchen. Graf Waldersee sei seit Monaten von Berlin fern, zuerst auf einer langen Generalsreise und jetzt in Begleitung des Kaisers. Den Versuch, die ganze offizielle Treiberei auf die nicht gouvernementale Presse abzuwälzen, — bekanntlich sollten nach dem „Hamb. Corr.“ — es wieder die freisinnigen Blätter gewesen sein, welche die ganze Geschichte eingezeichnet hätten — weist der „Reichsbote“ entschieden zurück. „Jedermann“, sagt er, „weiß zu genau, daß es die gouvernementale Presse war, von der der Angriff ausging.“

Wenn die „Arenztg.“ es auch bisher vermieden hat, auf den Artikel des „Hamb. Corr.“ zu antworten, so kommt sie doch heute auf das Thema der officiellen Presse noch einmal zurück und behauptet direct, daß bei einer Reihe für officiell gehaltenen Artikel die Börse ihre Hand im Spiele habe. Die „Arenztg.“ schreibt:

„Selbst so mancher unumwandelte, officiöse“ Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“, davon sind wir fest überzeugt, wird nicht in der Wilhelmstraße geschrieben, sondern anderswo, wenngleich nicht weit davon, woraus es sich für den Eingeweihten leicht erklärt, daß die „Nat.-Ztg.“ in dem jüngst von uns berührten Falle so „präcise“ eingegriffen ist. Die „Linke“ weiß eben mitunter nicht genau, was die „Rechte“ thut, gelegentlich allerdings auch schon, noch ehe es gethan ist, wie die prophetische Vertraulichkeit der Börse mit den kommenden Auslassungen des „freiwilligen Gouvernements“ klattes noch kürzlich gezeigt hat. Dieser Stand der Dinge ist ein europäischer Schandak; er beweist, daß „Unterströmungen“ in der That vorhanden sind, daß sie aber nicht vom Generalstabe ausgehen, sondern von der Börse. Die Börse mischt sich in der unerhörtesten Weise in die Politik... Der Generalstab darf sich nie hierin eingemischt; für ihn giebt es nur einen Gesichtspunkt: den Willen des obersten Kriegsherrn.... Die Börsenpresse beschwört all das Unheil herauf, das sie zu verhüten bestrebt sein will, weil sie uns als fürchtbare Schwächlinge hinstellt, die sich alles bieten lassen, nur nicht Beeinträchtigung des Gewinnes, auf den sie hoffen. Die russischen „Umwandelungen“ müssen zu Ende geführt werden, es komme, was da wolle, und bei der Ruhe und Mäßigkeit des Widerstandes, dem dieses der Sache nach hochverräterische Treiben begegnet, wird es vielleicht gelingen und das Ende kein anderes sein, als daß sich unsere kleinen Kapitalbesther wieder mit einer Menge russischer Papiere beladen, in der sicheren Aussicht natürlich, daß sie beim Ausbruch einer Katastrophe keinen Pfennig Zinsen erhalten, während sie schon jetzt um einen Theil ihrer Rente kommen.“

Wir müssen selbstverständlich der „Arenztg.“ die Verantwortung für die hierin enthaltenen Behauptungen überlassen. Erwiesen sei sich als zutreffend, so steht allerdings hier ein Schandak in Frage. Die Art unserer officiellen Presse wird so sehr zu einer öffentlichen Calamität, daß auch die Beschüßer derselben nicht werden umhin können, der Frage einmal eine ernste Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Warten wir nunmehr ab, wie sich diese Sache entwickeln wird; vielleicht erzählt das Publikum bei dieser Gelegenheit noch mehr Dinge, von denen es bisher auch nicht die geringste Ahnung gehabt hat. Solche Liebeslügen kann man nur beständig durch rücksichtslosige Offenlegung derselben.

Termingeschäft in Getreide.

Der Handelsminister hat unter dem 12. d. M. den Aesteften der Berliner Kaufmannschaft betreffs des Termingeschäftes in Getreide vorläufig er-

widert, daß die Ergebnisse ihrer amtlichen Ver-
miegung inländischen Hafens und Roggens den
bezüglichen festgestellten Gewichtsscheitens der
Prooiantämter der Militärverwaltung wider-
sprechen. Es heißt in der Antwort:

„Von den von den Prooiantämtern während dieser
Zeit angekauften 881 702 Ctrn. Roggen haben nur
8899 Ctr. ein geringeres Gewicht, als das zur Zeit
für die Cieserfähigkeit an der Börse maßgebende von
35,5 Kilogr. und nur 71 558 Ctr. ein solches von
weniger als 36 Kilogr. für den Neuschiffel gehabt,
wogegen von den angekauften 2 059 428 Ctrn. Hafer
1 974 906 Ctr. ein Gewicht von 22,5 Kilogr. für den
Neuschiffel erreicht oder überschritten haben und nur
84 520 Ctr. hinter diesem Gewicht zurückgeblieben sind.
Durch diese Gewichtsfeststellungen der Prooiantämter
findet die Annahme der Herren Aesteften, daß die Cocio-
händler vielfach einheimisches Getreide von ge-
ringerer Qualität von der Probevermiegung zurück-
gehalten haben, keine Bestätigung; die entgegen-
gesetzte Annahme scheint vielmehr hiernach einen
größeren Anspruch auf Berechtigung zu haben. Wird
berücksichtigt, daß die abnorme Witterung des vorigen
Jahres das Gewicht des Getreides in hohem Maße
hat nachtheilig beeinflussen müssen, und daß er-
fahrungsgemäß es vorzugsweise kleinere Grundbesitzer
sind, welche ihr Getreide an die Prooiantämter ver-
kaufen, daß diese aber noch vielfach auf die Auswahl
guter Getreidearten zur Saat und die Bearbeitung
und Reinigung des Verkaufsgetreides nicht die nöthigen-
mässige Sorgfalt zu verwenden pflegen, so
erhebt es sich nicht zweifelhaft, daß entsprechend der von
sämmlichen Vertretern der Landwirthschaft bei den
vorjährigen Conferenzen vertretenen Ansicht die ein-
heimische Landwirthschaft im Ganzen ist, ihr Verkaufs-
getreide mit demjenigen Gewicht zu Markt zu bringen,
wie solches für die Cieserfähige Waare von mir fest-
gestellt worden ist. Uebrigens erhebe ich aus dem Be-
richte der Herren Aesteften, daß die vaterländische
Landwirthschaft an dem Termingeschäfte an der hiesigen
Börse, soweit Roggen und Hafer in Frage kommen,
nur geringes Interesse hat.“

Der Minister behält sich weitere Entscheidung
vor und stellt den Aesteften anheim, die Probe-
vermiegungen fortzusetzen.

Die Boulangeristen

haben es trotz des neuen Schandals, den sie, wie
berichtet ist, am Sonnabend in der Deputierten-
kammer in Scene setzten, nicht verhindern können,
daß das gegen sie gerichtete Gesetz über die Mehr-
heit der Candidaturen zur Annahme kam. Artikel 1
des Entwurfs, wonach niemand Candidat in mehr
als einem Wahlbezirk sein kann, wurde mit 295
gegen 237 Stimmen angenommen und schließlich
der Gesetzentwurf im Ganzen mit 304 gegen
229 Stimmen genehmigt.

Der Senat wird eine Nachsichtung halten, um
das Amnestiegesetz und den Gesetzentwurf gegen
die Vielcandidaturen in Beratung zu nehmen.
Die vom Senat gewählte Commission zur Vor-
berathung des Gesetzentwurfs über die Viel-
candidaturen besteht aus Mitgliedern, welche für
diese Vorlage stimmen. Die nochmalige Be-
rathung des Budgets wegen der vom Senat be-
schlossenen Änderungen wird voraussichtlich
heute beendet werden.

Gestern Vormittag fand vor der Statue der
Stadt Straßburg auf dem Eintrachtsplatze die
von den Boulangeristen veranstaltete Kundgebung
statt. Den Redneremern war von dem anwesen-
den Polizeicommissär jede Rede und Aeußerung
ausdrücklich untersagt worden, gleichwohl wurde
von Droule, der von den Boulangeristen
Deputierten und einer größeren Menschenmenge
umgeben war, laut ausgerufen: „Es lebe der
General!“ Der Polizeicommissär wollte in Folge
dessen Droule verhaften, letzterer leistete aber
Widerstand und erklärte, eine Verhaftung sei un-
gesetzlich. Als der Polizeicommissär darauf Droule
als Arme ergriff, stürzte sich die umstehende
Menge auf den Polizeicommissär und entließ ihm
seinen Gefangenen, der sofort einen Wagen be-
stieg und sich nach den Redaktionsbureaus der
Zeitungen begab. Der Polizeicommissär wurde
durch herbeigeeiltes Polizeipersonal aus den Händen
der Menge befreit.

Auch die weiteren Demonstrationen der Bou-
langeristen sind kläglich verlaufen. Es geht uns
heute folgendes Telegramm zu:

Paris, 15. Juli. (W. Z.) Gestern Abend
fanden in allen Stadtvierteln Festlichkeiten zur
Feier des Bastillejubiläums von 1789 statt, welche
ohne Störung verließen. An den Fenstern des
Bureaus der Patriotenliga feierten Transparente
den General Boulanger. Die vorübergehende
Menge begrüßte diese Transparente mit Rufen,
Pfeifen und höflichen Rufen.

Ueber die eventuelle Abreise des Papstes von Rom
enthält die „Arenztg.“ eine Mittheilung von einem
„mit vaticanischen Kreisen in Fühlung stehenden
gelegentlichen Correspondenten“, in der es heißt:
„So lange der Frieden andauert, wird an eine
Abreise des Papstes nicht zu denken sein. Wenn
aber in Polen und in den Dogesen die ersten
Schüsse der Vorpösten fallen, dann dürfte man
nicht übersehen sein, wenn man hört, daß ein
spanisches Kriegsschiff den Papst und die Cardinale
über das Mittelmeer trägt. Es könnte nur noch
die Möglichkeit in Erwägung kommen, daß
Stollen sich damit einverstanden erklären, wenn
der Papst während eines Krieges durch eine in
Rom stationirte österreichische Brigade (?) geschützt
würde.“

Das Ganze ist wohl vorläufig nur eine Doctoren-
frage, mit der man sich in Rom beschäftigt.
Nach einer der „P. C.“ aus Rom zugehenden
Mittheilung wird das im Zusammenhange mit der
angeblieh bevorstehenden Abreise des Papstes aus
Rom colorirte Gerücht, daß der Papst ver-
schleudert im Besitze des vaticanischen Aus-
gangspasses nach dem Auslande schiffen lasse,
in autoritatöser Weise als völlig unbegründet be-
zeichnet, mit dem Hinzufügen, daß gerade gegen-
wärtig neue Ausfuhracte für den Vatican erworben
und in dessen Räumlichkeiten untergebracht werden.

Ueber die Lage im Sudan

sind im Londoner Bureau Reuter nachstehende
Drohtberichte eingegangen:

Cairo, 12. Juli. Oberst Moberhoufe meldet tele-
graphisch, daß weitere 100 Ueberläufer im Lager
angekommen seien. Njumi schickte sich an, seinen
Marsch von Abu Simbel nach Norden fortzusetzen,
und er werde von den ägyptischen Truppen scharf
überwacht. Der Gesamtverlust der Dermische
an Töden und Verwundeten, seitdem sie die
ägyptische Grenze überschritten, werde auf 2500
geschätzt. Die Hize am Nil sei fürchterlich, aber
der Gesundheitszustand der Truppen lasse nichts
zu wünschen übrig.

Regierungs-Getreidedepots werden längs des
Nils für den Unterhalt der lokalen Bevölkerung,

welche gezwungen worden, ihre Heimstätten am
westlichen Ufer des Flusses zu räumen, gebildet.
Die Maqregel wird die ganzen Getreidevorräthe
in Wady Galsa und Assuan absorbieren, in Folge
dessen die Kriegesgefangenen nach Cairo geschickt
werden. Viele Schiffs haben der Regierung
ihre Dienste angeboten und die allgemeine Haltung
der Civilbevölkerung ist mit wenigen Ausnahmen
ausgezeichnet. — Der für nächsten Sonnabend an-
beraumt gemessene Abmarsch des ersten Bataillons
des mallischen Regiments ist fixirt worden.

Cairo, 13. Juli. Moberhoufe hat noch immer
dieselben Stellungen inne und scheint zu zaudern,
den Abu Simbel-Paß anzugreifen. General
Grenfell begiebt sich heute nach Abu Simbel.
Das 2. ägyptische Bataillon marschirt nach
Rosario. Oberst Alkander bleibt im Befehl in
Assuan. Boote segeln von dort nach dem Süden,
um den Gefangenen Lebensmittel zu bringen.
Gestern kamen viele Ueberläufer ins ägyptische
Lager.

Deutschland.

Berlin, 14. Juli. [Zur Kaiserreise] wird
folgendes gemeldet:

Christiansburg, 13. Juli. Nachts. Kaiser Wilhelm
ist heute Nachmittag 5 1/2 Uhr von Wolde direct
nach Trondhjem abgereist.

Christiansburg, 14. Juli. Kaiser Wilhelm passirte
gestern Christiansburg und traf Abends um 10 Uhr
in Trondhjem ein. Heute früh um 6 Uhr beab-
sichtigte er sich ans Land zu begeben.

* Das Comité für die Errichtung eines Kaiser
Wilhelm-Denkmal in Mech hat dieser Tage von
seiten des Ministers des königlichen Hauses
v. Wedell die Benachrichtigung erhalten, daß der
Kaiser bestimmt in der zweiten Hälfte des August
in Mech eintreffen und der Begung des Grund-
steins für das Denkmal seines Großvaters bei-
wohnen werde.

* [Die königlichen Schloßer] In Berlin und
Potsdam sind während der Abwesenheit des
Kaisers und der Kaiserin dem Publikum wieder
zur Besichtigung geöffnet. Ebenso wird auch das
Palais der Kaiserin Augusta, in welchem in diesem
Jahre wieder umfassende bauliche Veränderungen
vorgenommen wurden, jetzt täglich wieder ge-
öffnet. Den Zielpunkt aller Touristen bildet gegen-
wärtig aber das Schloß Friedrichskron, welches
zur Zeit nur von dem jüngsten kaiserlichen
Prinzen bewohnt wird.

* [Reichstagswahlen.] Die „Nat.-lib. Corresp.“
ist der Meinung, daß die Reichstagswahlen, ob-
wohl das Mandat der jetzigen Reichstagsabge-
ordneten am 21. Februar nächsten Jahres ablaufe,
erst im Herbst desselben Jahres stattfinden
brauchten. Dann wäre von Ende Februar bis
zum Herbst gar kein Reichstag vorhanden; das
wäre aber „auch gerade kein nationales Unglück“.
Diese Ausführung ist sehr bezeichnend. Die
„Nat.-lib. Corresp.“ fügt übrigens hinzu, daß sie
in die Pläne der Reichsregierung nicht ein-
geweiht sei.

* [Ausweisung russischer Studenten aus Berlin.]
Vor einigen Tagen wurde berichtet, daß bei acht
auf der Technischen Hochschule in Charlottenburg
studirenden Russen Hausausweisungen seitens der Ber-
liner Polizei vorgenommen und zwei der Studi-
renden verhaftet worden waren. Jetzt geht dem
„Kleinen Journal“ die Mittheilung zu, daß außer
den beiden Studirenden der Technischen Hochschule
noch ein dritter verhaftet ist, und daß alle drei
als russische Anarchisten erkannt worden sind.
Dieselben würden nun aller Wahrscheinlichkeit
nach demnachst aus Deutschland ausgewiesen
und an Rußland ausgeliefert werden; sie sollen
bereits durch Briefschaften, welche in Folge des
Züricher Bombencomplots entdeckt wurden, com-
promittirt gewesen sein. Den übrigen hier studi-
renden Russen sei die jährlich zu erneuernde
Aufenthaltsbewilligung seitens des Polizei-Prä-
sidiums ohne weiteres auf ein Jahr verlängert
worden.

* Die gegen den Redacteur des „Gothaischen
Tageblatts“ erhobene Majestätsbeleidigungsklage
bezieht sich, nach thüringischen Blättern, nicht auf
die (der „Volksztg.“ entnommene) Veröffentlichung
bej. den Nachdruck der von dem Geh. Cabinets-
rath Dr. Tempelton an Franz Duncker gerichteten
Briefe, sondern auf Bemerkungen, die an die
Veröffentlichung der Briefe geknüpft worden sind.

* [Der Strike der Bäcker] scheint doch, wie
die „Voss. Ztg.“ berichtet, durchaus kein allgemeiner
geworden zu sein, und zwar wegen der zu hoch
gepannten Forderungen, die auch einem großen
Theil, namentlich bei den Berliner Verhältnissen,
nicht angebracht scheinen. Handelte es sich für
die Ausständigen hauptsächlich darum, die großen
Bäckereien lahmzulegen — denn bei den kleinen
sucht der Meister schon durch eigene verdoppelte
Thätigkeit zu helfen — so zeigt die Folge, daß
gerade dort wenig zu erreichen ist. Denn bei den
großen Bäckereien arbeitet entweder alles ruhig
weiter oder die Arbeitseinstellung beschränkt sich
nur auf wenig Fälle. Jedenfalls werden die
Berliner auch ferner ihr Mehlbrod erhalten.

* [Bewaffnung der Casallerie.] Nach der
„Post“ soll die ganze preussische Casallerie dem-
nachst Camen erhalten.

* [Verwendung der Sperrgelder.] Der Ge-
setzentwurf über die Verwendung des aus der
Gefangenen der katholischen Geistlichen ange-
sammelten Fonds ist bekanntlich in der ver-
flossenen Landtagsession nicht mehr zur Vorlage
gekommen, und zwar nur wegen des un-
muthe frühen und plötzlichen Schlußes der
Sitzungen. Wie die „Nat.-Ztg.“ hört, steht der
Gesetzentwurf in der nächsten Session mit Be-
stimmtheit zu erwarten, und zwar nach Ver-
ständigung mit maßgebenden kirchlichen Instanzen
über die Verwendungswecke. Die Angelegenheit
bietet der ultramontanen Presse fortwährend
Stoff zu geistlichen Bemerkungen und Glossen.

□ [Dosen, 14. Juli. Der „Drendownik“, eine
der hiesigen kleineren polnischen Zeitungen, ver-
öffentlicht heute eine ihm angeblich schon im
Sommer des vergangenen Jahres zugegangene
Berliner Mittheilung, deren Abdruck damals
nicht erfolgt ist, weil die Gemüther der Polen zu
jener Zeit zu erregt gewesen wären. Zufolge dieser
Berliner Correspondenz sei 1886, als die anti-
polnischen Gesetze erlassen wurden, auch ein Aus-
nahmegesetz gegen die polnische Presse und gegen
die polnischen Vereine ausgearbeitet worden.
Fürst Bismarck habe aber das Gesetz dem Reichs-
tage aus dem Grunde nicht vorgelegt, weil er da-
mals im deutschen Parlament nicht die Mehrheit
gehabt hätte. Diese befremdliche Berliner Cor-
respondenz des „Drendownik“ bedarf allerdings wohl
sehr der Bestätigung.

* [Zu der Einnahme von Tanga] durch die
Wismann'schen Truppen wird der „Nat.-Ztg.“

aus Sansibar gemeldet, daß ein Matrose von der
„Möbe“ schwer verundet ist; die gut erhaltene
Stadt sei von der Marine besetzt, die Umgebung
bitte um Frieden.

* [Neues aus Kamerun.] Einem Privatbrief
eines Württembergers in Kamerun vom 25. Mai
entnimmt der „Schw. Merk.“ Folgendes: Goeben
komme ich von dem Leichenbegängniß des
Missionars Ganger zurück. Gestern früh er-
füllten die Gouvernementsbeamten durch Reg.-Rat
Dr. Zahl, daß Ganger am Fieber erkrankt
krank sei, und gegen Mittag verbreitete sich so-
dann das Gerücht, daß er gestorben sei. Durch
Rundschreiben des Missionars Munz (Württemberg.)
wurden das ganze Gouvernement und die
Offiziere G. M. Kriegsschiff „Hyäne“ von dem
Todesfall in Kenntniß gesetzt und zugleich zur
Leichenfeier auf heute eingeladen. Von 12 Uhr
ab heute hatte das Gouvernement, G. M. Kriegs-
schiff „Hyäne“ und „Cyclop“, sämmtliche
deutsche und englische Factorien, sowie ein zu-
fälliger anwesender englischer Dampfer „Redland“
und ein englisches Segelschiff „Gartram“ halb-
maß gesaggt. Gouverneur v. Soden ist krank,
dessen Stellvertreter Graf Pfeil verreiselt und so
fiel mir die Aufgabe zu, das Gouvernement mit
Secretär Mallmuth zu vertreten. Von G. M.
Kriegsschiff waren Capt.-Lieut. Jene, Lieut. J. See
Schäffer, der Zahlmeister, 2 Deckoffiziere und
6 Matrosen (alles natürlich in der Parade-
Tropenuniform, weiß Cademir) erschienen. Von
den Factorien waren ebenfalls die meisten ver-
treten. Das Trauerhaus liegt vom Gouverne-
ment flussabwärts und es sah imposant aus, als
die vielen verschieden besaggten Boote mit
ihren Inassen vor der Mission angefahren kamen.
Der Gouverneur Frhr. v. Soden ist ernstlich krank
und geht morgen zur Erholung nach St. Thome
auf mindestens drei Monate. Hauptmann Zeuner,
Ceiter der Baromission, ist von Dr. Preuß
schwer krank hierhergebracht worden, und beide
gehen oder müssen vielmehr nach Deutschland
zurück. Zeuner ist vor drei Monaten bei dem
Kampfe gegen die Bombukas, wo seine Leute von
G. M. Kriegsschiff „Hyäne“ theilnahmen, ver-
wundet worden, und daher scheint die Krankheit
zu rühren. — 30. Mai. Gestern kam zur Ablösung
der „Hyäne“ das Kanonenboot „Habicht“ von der
Walfischbai. Die „Hyäne“ geht morgen über St.
Thome nach Capstadt. Der heutige Tag läßt sich
sehr warm an (Morgens 8 1/2 Uhr 32 C. im Schatten).
Zur Feier des Tages wurde eine Festlichkeit auf
dem „Habicht“ veranstaltet. Das ganze Hinterdeck
des Schiffes war sehr ausgeschmückt, die Offiziere
beider Schiffe, das ganze Gouvernement, soweit
es gesund ist, thaten sich zu einem Begrüßungs-
bejm. Abschiedstrunk zusammen. Gegen Abend
begab man sich mit der von beiden Schiffen aus
etwa zusammen acht Mann bestehenden Musik-
kapelle ans Land, um den Schwarzen eins vor-
spielen zu lassen. Schon vorher hatten sich
hundert am Ufer gelagert; jetzt kam aber alles,
was Füße hatte, und sie tanzten dann so wild
und so ungestüm ohne Unterlaß bis etwa 9 Uhr,
daß an ihnen der Schweiß nur so herabrann.

Erfurt, 13. Juli. Die städtischen Behörden
haben den Minister v. Lucius zum Ehrenbürger
ernannt.

München, 13. Juli. In einer großen Ver-
sammlung kaufmännischer Vereine vom gestrigen
Abend, in der der Handels- und Gewerbekammer,
die Handelsvereinigungen, die Vereinigung der
Bankiers, der kaufmännischen Verein, der Commis-
Unterstützungsverein, der Verein „Merkur“ und
der Verein „Gansa“ vertreten waren, wurde
einstimmig eine Resolution angenommen, die
vollständige Sonntagsruhe verlangt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 13. Juli. In der heutigen Plenarsitzung
der ungarischen Delegation gab der Reichsfinanz-
minister Rallay nach Verlesung der functionirten
Beschlüsse im Namen und auf Befehl des Kaisers
und Königs dem Dank für die rasche Erledigung
der Vorlagen und die neuerdings bezeugte Opfer-
willigkeit der Delegationen Ausdruck. Der Prä-
sident Graf Blay schloß hierauf die Session mit
einer patriotischen Rede, welche mit begeisterten
Erfurten aufgenommen wurde. (W. Z.)

Frankreich.

Paris, 13. Juli. Der deutsche Botschafter Graf
Münster hat dem Präsidenten Carnot gestern
den Abschiedsbesuch gemacht. Graf Münster wird
am 17. d. Mts. seine Urlaubreise antreten und
sich zunächst nach England und von dort nach
Hannover begeben. — Das „Journal des Debats“
meldet, daß Dillon und Rochefort ebenfalls vor
den obersten Gerichtshof gestellt werden sollen, als
Urheber und Mithäufel eines Attentats gegen
die bestehende Regierung. (W. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 11. Juni. Herzog Adolf von
Nassau und dessen Sohn Prinz Wilhelm treffen
morgen von Christiansburg zu kurzem Besuche am
hiesigen Hofe ein.

Ägypten.

Assuan, 12. Juli. Hundert Kriegsgefangene
wurden heute von hier nach Cairo gesandt.
Unter denselben befinden sich viele Frauen und
junge Burschen, welche durch die langen Wüsten-
märsche und den Hunger und Durst, den sie zu
erleiden hatten, fürchterlich abgemagert sind.
Unter denselben befindet sich eine Frau namens
Marietta Cavacola, eine Italienerin, welche
französisch und italienisch spricht. Sie sagt, sie
kam von Kordofan und wurde von Njumi nach
Dongola gebracht. Sie erzählt, daß die Dermische-
Streitmacht Dongola verließ, sie 8090
Mann stark war; aber seitdem seien viele getödtet
worden oder desertirt. Die Dermische haben sechs
Kanonen und eine Quantität Gewehre. Njumi,
so sagt Marietta Cavacola, beabsichtige nach
Bimban zu marschieren, welches er ohne Kampf
zu erreichen erwartet. Ferner erzählte sie, daß
sie in Shartum fünf Kanonen, Schießern Teresa,
Concetta, Elisabeta, Caterina und Maria, sowie
zwei Priester, Patres Paolo und Josefo, besäßen.
— Besatz kehrte heute aus der östlichen Wüste
nach Assuan zurück. Er berichtet, daß die
Bischarin den Dermischen gründlich feindlich ge-
sinn sind und daß 400 derselben von ihnen un-
weit Mafschah noch immer belagert werden.
Abdullah, der Scheich der Allab-Bischarin, ist in
Assuan angekommen und er gedenkt mit Hilfe
der Regierung die Dermische aus dem Bischarin-
Land zu vertreiben. Mehrere der angesehensten
Räufte in Assuan sind nach Cairo gesandt, weil
sie verdächtig sind, mit den Dermischen in Brief-
wechsel gestanden zu haben.

Rußland.

Warschau, 13. Juli. Ein Petersburger Tele-
gramm des „Auriger Codjenny“ meldet, daß die

Verantwortliche Redacteure: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: i. B. S. Röbner, — das Genlleton und Literarische: S. Röbner, — den localen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratentheil: B. Kafemann, sämmtlich in Danzig.

Ueberall vorrätbig.

Hierzu eine Beilage.

* Den Domänenpächtern Ober-Amtmann Bleyhöfer zu Friedrichsberg und Ober-Amtmann Thoma zu Uzpiäunen (Reg.-Bez. Gumbinnen) ist der Charakter als Amtsrath verliehen worden.

*) Artikel II. siehe in Nr. 17774.

Wien, 13. Juli. (Schuh - Courie.) Defarr. Dapfer-
 38.85, 54/56, 50, 89.90, 54 Silberren. 54.55, 49/51
 Goldreite 109.90, ungar. Goldr. 99.85, 54 Dapfer-
 reite 55.17, 56/58 Car. 100.00, Anglo-Alb. 125.25,
 Cänderbahn 229.10, Creditact 302.50, Lombard 226.00,
 ungar. Creditactien 317.00, Wiener Bankact. 108.00,
 Böhm. Weistab. 328, Böhmishe Nordbahn 219, Bulg.
 Eisenbahn 359.50, Dux-Bodenb. - Eisenbahn 413
 Nord-Bahn 254.00, Franzosen 221.61, Saffner 191.50,
 Pemb. Eisen. 256.00, Lombarden 123.50, Nordwestbahn
 187.00, Parubische 186.75 Alp. Mont. Act. 66.10, Laba-
 actien 119.75, Amsterdamer Wechsel 98.80, Deutsche Plätze
 98.32, Lombard Wechsel 119.25, Pariser Wechsel 47.35,
 Napoleons 9.46, Marknoten 68.32, 1/2 Russische Ban-
 noten 1.20, 3/4 Silbercoupons 100.
 Amsterdam, 13. Juli. Getreidemarkt. Weizen per
 Nov. 203, - Roggen per October 126 - 127 - 128
 Amsterdam, 13. Juli. Petroleummarkt. (Schuhbericht.)
 Raffinirter. Ende wech. hoch 17 1/2, bei 17 1/8 Br., per
 100 1/2 Br., per August 17 1/8, per Septbr. Debr.
 18 1/4, bei 17 1/8 Br.

Greif (Hauptkrasse 115) durch die Sanjana-Heilmethode
 meldeben, da erweckte der Fall allgemein großes Er-
 staunen, denn die Heilung derartiger schwerer Rücken-
 marksleiden, wo der Kranke weder gehen noch stehen
 kann, galt bisher für unmöglich. Heute aber gelangt
 wiederum eine neue, ebenso überraschende Heilung von
 Rückenmarkshirnhocht zu unserer Kenntniss, welche
 ebenfalls durch die Sanjana-Heilmethode erzielt
 wurde und sogar viele Aerzte in Erfasunen geist hat. Es
 ist dies der Fall des Herrn Johann Ganten zu Ueberdingen
 am Rhein, Mörkr. Ctr. 28. Bei diesem Kranken waren
 bereits sämtliche charakteristische Erscheinungen der
 Tabes (Rückenmarkshirnhocht) bemerkbar: Gürtel-
 gefühl, blikartige (lancinirende) Schmerzen, Unfähig-
 keit zum Stehen etc. Er hatte Monate lang gelitten, ohne
 Besserung zu finden, bis daß er am 27. Dec. 1898 die
 Sanjana-Heilmethode zur Anwendung brachte. Der Erfolg
 war geradezu überraschend, so daß Herr Ganten bereits
 am 5. Febr. d. J. folgenden Bericht bei der Direction des
 Sanjana-Institutes in Gagam (England) einreichen konnte.
 Hochgeachtete Direction! Ich muß Ihnen die freudige Mit-
 theilung machen, daß sich mein Zustand bereits so wei-
 gebessert hat, daß ich ohne Stoch gehen kann. Der Arzt,
 welcher mich früher in Behandlung hatte, hat sich ganz
 vernommen! In aufrichtiger Dankbarkeit
 Ueberdingen, am 5. Februar 1899. Joh. Ganten.

Die Sanjana-Heilmethode wirkt mit außerordent-
 lichen Erfolge bei allen Lungen-, Nerven-
 und Rückenmarksleiden. Man bezieht dieses berühmte
 Heilverfahren gütlich kostenfrei durch den General-
 der Sanjana-Compagnie, Herrn Paul Schwerdfeger,
 in Leipzig.

